Deutschlandfunk

Interview
15. Februar 2022

Jasper Barenberg im Gespräch mit Nils Schmid

Jasper Barenberg: Könnten russische Truppen noch in dieser Woche einen Angriff auf die Ukraine starten? Davor hatte US-Präsident Joe Biden die Verbündeten im Westen gewarnt und auf Informationen seiner Geheimdienste verwiesen. Militärexperten zählen inzwischen mehr als 140.000 Heeressoldaten in Stellungen nahe der Ukraine. Einige Kampfverbände hat Moskau demnach bis 20 Kilometer an die Grenze zur Ukraine beordert. Vor der Küste proben russische Kriegsschiffe Lande- und Landungsoperationen.

Was die Antwort auf einen Angriff Russlands angeht, hält sich der Bundeskanzler, hält sich Olaf Scholz weiter bedeckt. Seine allgemeine Drohung mit harten Konsequenzen hat er gestern bei seinem Besuch in Kiew noch einmal wiederholt, wie die Gesprächsbereitschaft um eine Deeskalation zu erreichen. Mit dieser Doppelstrategie im Gepäck wird er heute gegen Mittag Präsident Putin in Moskau treffen.

Am Telefon ist der SPD-Politiker Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag. Schönen guten Morgen.

Nils Schmid: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Schmid, wie groß ist die Gefahr eines Angriffs russischer Truppen?

Schmid: Diese Gefahr besteht ohne Zweifel. Das ist eine äußerst ernste Bedrohungslage für die Ukraine. Sie haben es beschrieben. Seit Wochen zieht Russland massiv Truppen entlang der gesamten ukrainischen Grenze zusammen. Die Ukraine ist quasi umzingelt von drei Seiten, auch auf dem Schwarzen Meer, so dass das wirklich sehr ernst zu nehmen ist, was uns die Geheimdienste da melden.

Barenberg: Das heißt, auch die Informationen aus den USA sind in Ihren Augen glaubwürdig und hart?

Schmid: Die sind glaubwürdig. Sie sind allerdings auch ein Ausschnitt, denn logischerweise schauen die Geheimdienste jetzt auf die militärische Seite. Wir haben ja glücklicherweise seit einigen Wochen auch verstärkte diplomatische Aktivitäten, gerade auch ausgehend von Deutschland, vom Kanzler und vom Außenministerium aus. Das muss man auch in Betracht ziehen. Das heißt, es gibt jetzt keinen Automatismus oder gar eine Rutschbahn in einen Krieg, in eine militärische Aggression. Aber die Drohkulisse Russlands ist massiv und sie existiert unverändert.

Barenberg: Nun hat Außenminister Lawrow gestern in einem im Staatsfernsehen übertragenen Gespräch mit Wladimir Putin gegenüber seinem Präsidenten gesagt, er plädiert dafür, die Verhandlungen fortzusetzen, sogar noch zu verstärken, und Putins Antwort war darauf, na gut. Vertrauen Sie auf diese Zusage aus dem Kreml?

Schmid: Ich bin da immer vorsichtig, denn wir wissen, dass die Öffentlichkeitsarbeit Russlands, des Kremls, der gesamten Regierung millimetergenau kalibriert ist. Das heißt, Lawrow hat jetzt die Aufgabe, für Verhandlungen, für Gespräche zu werben. Was dann Putin daraus macht, das weiß wahrscheinlich nur er selber. Aber Tatsache ist auch: Diesen Gesprächsfaden, den Russland da ausgelegt hat, den sollten wir unbedingt aufnehmen. Deshalb ist ja die Reise von Olaf Scholz jetzt auch genau zum richtigen Zeitpunkt.

Barenberg: Ist dieses Signal der Dialogbereitschaft von Lawrow und, man muss es ja sagen, auch von Putin in gewisser Weise vereinbar mit der militärischen Eskalation, über die wir ja auch schon gesprochen haben, beispielsweise mit diesen sechs Kriegsschiffen, die gerade Landeoperationen vor der Küste der Ukraine proben?

Schmid: Wieweit das vereinbar ist, wird man sehen, aber es ist typisch für die Außenpolitik von Putin in den letzten Jahren, die ja in einem Kontinuum von militärischer Aggression, hybrider Kriegsführung über Cyber-Attacken bis hin zu diplomatischen Offensiven sich abspielt. Deshalb ist es nicht wirklich überraschend, aber es ist massiv. Es ist quasi Zwangsdiplomatie im XXL-Format mit massivem militärischem Aufmarsch, in der Weise noch nie da gewesen, aber von der Struktur her durchaus typisch für die Außenpolitik, wie sie Wladimir Putin in den letzten Jahren entwickelt hat.

Barenberg: Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. – Sie sagen, Zwangsdiplomatie. Könnte man auch sagen, Erpressung?

Schmid: Ja! Es ist gegenüber der Ukraine selber natürlich massive Erpressung und mit militärischen Drohmaßnahmen, und für uns als Westen ist die Frage, was können wir dagegensetzen. Ich finde diese Doppelstrategie aus glaubwürdiger Abschreckung über Sanktionen und verstärkten diplomatischen Bemühungen, die auch die Fragen der Sicherheitsinteressen aller europäischer Staaten einschließlich Russlands betrifft, genau die richtige.

Barenberg: Bundeskanzler Scholz hat ja in Kiew gestern gesagt, dass er von Russland Schritte der Deeskalation erwartet, dass er sie verlangt. Wie sollten die aussehen?

Schmid: Die müssen sich natürlich dann erst mal rund um die Ukraine selber abspielen. Da

geht es zum einen um die Festigung des Waffenstillstands in der Ostukraine. Es geht aber auch um den Truppenabzug Russlands entlang der gesamten ukrainischen Grenze. Russland selber behauptet ja, das sei nur Manöver. Da muss man davon ausgehen, dass Manöver auch mal beendet werden, und wir hoffen, dass wir das möglichst schnell sehen.

Barenberg: Sie haben angedeutet, dass es eine Bereitschaft geben muss, auch geben sollte, über Sicherheitsinteressen aller beteiligten Länder in Europa zu reden. Kann man reden? Kann man mit diesen Verhandlungen ernstmachen, sie ernsthaft beginnen, solange Tag für Tag die Truppen einen Schritt weiter in Richtung ukrainischer Grenze ziehen? Oder ist eine Deeskalation, ist ein Teilrückzug, sagen wir mal, eine Bedingung eigentlich für ernsthafte Gespräche?

Schmid: Es ist schwierig, jetzt in so einer zugespitzten Lage, wo wir ganz auf Diplomatie setzen, von harten Bedingungen zu reden. Aber natürlich können ernsthafte Gespräche über die verschiedenen Sicherheitsinteressen der Staaten in Europa nur gelingen, wenn sie nicht unter militärischer direkter Bedrohung stattfinden. Deshalb wäre es sehr, sehr wichtig für einen weiteren Verlauf solcher Gespräche, dass Russland jetzt diese Truppen abzieht.

Wir müssen ja auch sehen: Solche Gespräche brauchen Zeit und das kann nicht unter quasi Dauerbeschallung russischen Militärs geschehen. Aber wir sollten auch diese Gespräche auf allen Ebenen, im NATO-Russland-Rat, innerhalb der OSZE, innerhalb des Normandie-Formats, wenn es um die Ukraine geht, bilateral, wenn es um Atomwaffen geht, zwischen Russland und Amerika, jetzt sehr ernsthaft und kontinuierlich anstreben und auch fortsetzen.

Barenberg: Nun hat Russland gerade seine Teilnahme an Gesprächen im Rahmen der OSZE abgesagt, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das ist ja auch ein Signal, was Russland dieser Tage gibt. Eine Delegation zur Münchner Sicherheitskonferenz wird es zum ersten Mal seit vielen Jahren aus Russland nicht geben.

Noch mal zurück zu der Deeskalation, die Sie ja auch verlangen. Ein Rückzug der Truppen, um ernsthafte Gespräche führen zu können. Kann es sich Scholz leisten, ohne dieses Signal zurück nach Berlin zu kommen? Wäre das dann eine misslungene Reise nach Moskau?

Schmid: Zunächst mal reiht sich ja seine Reise ein in die Bemühungen anderer Europäer, insbesondere von Präsident Macron, und ist mit ihm eng abgestimmt. Deshalb ist es auch jetzt verwegen, von ihm zu erwarten, dass er gleich mit der Lösung nachhause fliegt. Ich glaube, was wir anstreben sollten ist, dass das Normandie-Format weiter tagt, auch wenn es im Moment keine großen Fortschritte gibt, dass wir die Bemühungen um ganz konkrete Entspannungsschritte zwischen Russland und der Ukraine fortsetzen und dass da Deutschland und Frankreich sich weiterhin eng abstimmen. Das muss das Ziel dieses Gesprächs sein und ich finde schon, dass wir die OSZE nicht so leicht aufgeben sollten.

Es ist richtig, dass Russland sich immer mehr von der OSZE und ihren Prinzipien der gesamteuropäischen Friedensordnung in Worten und Taten verabschiedet hat. Aber wenn man über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur reden will, dann gibt es eine Organisation, die dafür schon den Rahmen bietet. Das ist die OSZE. Wir müssen die Ernsthaftigkeit des Willens Russlands, eine solche Diskussion zu führen, auf die Probe stellen, denn offensichtlich geht es Putin mehr um Status, um Gleichrangigkeit mit der

Großmacht USA, als um ein ernstes Eingehen auf die Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten. Dazu gehören dann auch die Nachbarstaaten Russlands wie Georgien und Ukraine. Das sind keine Staaten mit verringerter Souveränität. Wir können nicht zulassen, dass es eine Art Neuauflage der Breschnew-Doktrin mitten in Europa gibt.

Barenberg: Sie haben gerade darauf verwiesen, wie sich die Reise des Bundeskanzlers einreiht in die Bemühungen anderer Staats- und Regierungschefs. Sie haben die Reise von Emmanuel Macron erwähnt, den Besuch im Kreml. Da war Macron ja zurückgekommen mit der Aussage, Putin habe ihm versprochen, es gäbe keine weiteren Schritte der Eskalation. Das wurde dann erst mal dementiert aus Moskau und Macron konnte dann, zurück in Paris, nachvollziehen, dass die militärischen Bewegungen, sage ich jetzt mal, rund um die Ukraine noch verstärkt werden. – Muss man nüchtern sagen, ein ähnliches Schicksal blüht auch dem Bundeskanzler, dass er möglicherweise ein Signal mitbekommt und wir feststellen, wie wenig das wert sein wird nach seiner Rückkehr?

Schmid: Jedenfalls hat Macron diese Erfahrung machen müssen. Deshalb kommt es darauf an, dass auch nach dem Gespräch in Moskau Scholz und Putin möglichst das gleiche sagen. Und wenn es nicht viel zu sagen gibt, dann sagt man lieber nichts, als dass man einseitig Hoffnungen macht, die dann wieder zerstieben. Ich glaube, dass Olaf Scholz mit seiner sehr präzisen, knappen, manchmal auch zurückhaltenden Kommunikation, wenn er etwas sagt, etwas sagen wird nach dem Gespräch, das Substanz haben wird.

Barenberg: Sie haben von glaubwürdiger Abschreckung gesprochen und unterstrichen, wie wichtig es ist, ein Preisschild zu benennen. So habe ich Sie verstanden. Gehört dazu, dass Olaf Scholz jetzt das nur ausspricht, was er immer offenbar gemeint hat, aber nicht sagen will, Nord Stream 2 wird nicht in Betrieb gehen, jetzt nicht und bei einer Aggression gar nicht?

Schmid: Das werden wir sehen. Er hat da ja eine sehr klare Haltung, dass er betont und wiederholt, dass alle Optionen auf dem Tisch sind. Jeder weiß, dass dazu auch der Stopp von Nord Stream 2 gehört. Ob er das ausgerechnet in Moskau öffentlich sagen wird, wird man sehen. Ich bin aber zuversichtlich und sicher, dass er die richtigen Worte im Gespräch mit Putin finden wird und Putin auch ganz genau weiß, dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen allgemein, aber auch zwischen Russland und Deutschland auf Jahre hinaus schwersten Schaden davontragen würden, wenn er erneut die Ukraine militärisch angriffe.

Barenberg: Das heißt, unter Umständen geht es sogar noch um sehr viel mehr als Nord Stream 2, sondern die gesamte Energiezusammenarbeit, sage ich jetzt mal, Europas mit Russland?

Schmid: Das kann ganz verschiedene Fassetten betreffen, nicht nur den Energiebereich, auch den Bankbereich, die allgemeine wirtschaftliche Zusammenarbeit bei Hightech-Gütern. Das ist ein allumfassender Schaden in den Beziehungen zwischen Russland und der EU,

Russland und dem Westen und natürlich auch bilateral zwischen Russland und Deutschland, der da droht, und das wird Scholz Putin im direkten Gespräch klarmachen.

Barenberg: Ein Wort noch zu der angekündigten harten Reaktion für den Fall eines russischen Angriffs. Wann eigentlich erfolgt diese harte Reaktion? Zählt das schon, weil wir so eine gefährliche Situation haben – Sie haben es selber ja geschildert -, beim ersten Schuss, oder welches Kriterium wird da angelegt?

Schmid: Ich glaube, Olaf Scholz hat das in Kiew noch mal sehr klar ausgesprochen. Es geht um die territoriale Unverletzbarkeit der Ukraine. Jeder Angriff, egal an welcher Stelle, wird solche Sanktionen nach sich ziehen und das weiß Russland sehr genau, denn wir haben ja die letzten Jahre beobachtet, dass Russland immer wieder versucht, mit militärischem Druck in Nachbarstaaten einzugreifen, und dem wollen wir diesmal schon präventiv durch die Androhung von Sanktionen entgegenwirken. Anders als 2014, wo ja die Sanktionen erst nach erfolgtem Angriff verhängt worden sind, liegen jetzt die Sanktionen alle auf dem Tisch und deshalb setze ich auf die abschreckende Wirkung und darauf, dass es gar nicht notwendig sein wird, Sanktionen zu verhängen, weil Russland nicht angreifen wird.

Barenberg: Das heißt, diese Unterscheidung, die Joe Biden vor einiger Zeit bemüht hat in einer Pressekonferenz, zwischen einem geringfügigen Einfall und einem großen Einmarsch, die lassen Sie nicht gelten?

Schmid: Joe Biden hat das selber auch noch mal klargestellt und Olaf Scholz hat eine solche Unterscheidung nie gemacht. Deshalb ist klar, es geht wirklich um die Unverletzbarkeit der Grenzen der Ukraine. Das muss Putin wissen.
Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.